

Kopie an: HH. Ja, R, Sa, Bg, Sti, G, Jh, Zo

Bern, 30. Dezember 1975

Zo/me - 799.2.1.0

Notiz an Herrn Direktor Jolles

Entwicklungskomitee;  
Sitzung vom 9./10.1.1976,  
Jamaika

Der Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer als  
konjunkturpolitisches Instrument der Industrieländer

(Dok. DC/75 - 28)

I. Inhalt des Dokumentes

1. Während der September-Sitzung des Entwicklungskomitees machten u.a. die Philippinen folgenden Vorschlag:
2. Es sei durch erhöhte ODA-Leistungen an die Entwicklungsländer deren Nachfrage nach Exportgütern aus den Industrieländern zu steigern, um so, über eine erhöhte Auslandnachfrage, die Wirtschaft in den Industrieländern aus der rezessiven Phase herauszuführen. Zur Finanzierung einer solchen als einmalig vorgesehenen Aktion wären vor allem die multilateralen Finanzierungsmechanismen (Entwicklungsbanken) mit zusätzlichen Mitteln zu dotieren. Ueberdies hätten die Industrieländer Erleichterungen für ihre Exportkredite zu gewähren.
3. In einer unvollständigen Analyse setzt sich das genannte Dokument mit diesem Vorschlag auseinander. Daraus sind folgende Punkte erwähnenswert:
  - a) Bei einer makroökonomischen Betrachtung des Vorschlages gilt es zu bedenken, dass
    - 1974 die 11,3 Mrd \$ Netto-ODA-Leistung der DAC-Länder rund 0,33 Prozent des BSP aller DAC-Länder entsprachen.



Eine Verdoppelung der ODA-Leistung würde also bloss eine Erhöhung der Gesamtnachfrage um rund ein Drittelprozent des BSP aller DAC-Länder bedeuten. Dies unter der Voraussetzung einer vollen Wirksamkeit der Massnahme. Die durch die Rezession verursachten Einbrüche im BSP sind jedoch durchwegs bedeutend höher.

- eine kürzliche DAC-Studie zum Schluss kam, dass über eine Erhöhung der ODA-Leistungen keine wirtschaftlichen Probleme in den Industrieländer gelöst werden können.
  - eine Erhöhung der Auslandnachfrage über den Ressourcentransfer möglicherweise auf Kosten der Inlandnachfrage (öffentliche Investitionen) erfolgt. Eine Kompensation wäre zwar möglich, wenn gleichzeitig der Aufwand für die Arbeitslosenentschädigung sowie die durch die Rezession bewirkten Steuerzufälle gesenkt werden können.
  - bezüglich der Abhängigkeit von Exporten nach Entwicklungsländern zwischen den verschiedenen Industrieländern bedeutende Unterschiede bestehen (von den Gesamtexporten gingen 1974 zwischen 8,9 Prozent (Kanada) und 46,9 Prozent (Japan) in Entwicklungsländer; Schweiz 22,6 Prozent; alle DAC-Länder 25,2 Prozent).
- b) Dem auf völlig statischen Voraussetzungen basierenden Vorschlag erwachsen weiter auch konjunkturpolitische Einwände.
- Die Aushandlung des "burden-sharing" und die Projektvorbereitungen haben gezwungenermassen eine lange Anlaufphase zur Folge. Damit könnte aber die Wirksamkeit bereits in die neue Aufschwungphase fallen.
  - Damit eng verknüpft ist das Problem einer möglichen und unerwünschten inflationistischen Wirkung der zusätzlichen Auslandnachfrage.

- c) Auch bezüglich der Durchführung werden schwerwiegende Einwände vorgebracht.
- Eine wirkungsvolle Lenkung der zusätzlichen Nachfrage würde eine Bindung der ODA-Leistungen bedingen. Dies würde jedoch den laufenden Bestrebungen sowie zum Teil bereits geltenden Vereinbarungen bezüglich Liberalisierung von ODA-Krediten widersprechen.
  - Man müsste vom vorherrschenden Projektkredit zum Programmkredit (Einkaufsladen) übergehen.
  - Die zusätzliche Mittelbeschaffung durch die multilateralen Finanzierungsinstitutionen würde zudem Probleme aufwerfen (Stimmrecht, Spezialfonds, Tätigkeitsgebiet, Sicherheiten), welche zum Teil nur über Statutenänderungen mit entsprechenden langen Verhandlungen gelöst werden könnten.

## II. Beurteilung

1. Die Analyse des Vorschlages deckt im wesentlichen dessen Problematik auf. Diese liegt besonders in der volumemässig nur beschränkten und zudem noch zeitverzögerten Wirksamkeit sowie in der begrenzten Operationsfähigkeit der multilateralen Finanzinstitutionen.
2. Aus schweizerischer Sicht sind noch folgende Bemerkungen beizufügen:
  - a) Die relativ hohen Anteile unserer Exporte in die Entwicklungsländer, gemessen an unserem BSP, respektive an den Gesamtexporten, sind nicht ohne weiteres als derart verlässliche Indikatoren für die Sensibilität unserer Industrie auf eine Nachfrageerhöhung in den Entwicklungsländern zu betrachten, wie dies im Dokument angedeutet wird. Dies würde nämlich voraussetzen, dass sich die zusätzliche Nachfrage mit dem Angebot der zu begünstigenden Industriezweige qualitativ deckt. Dies trifft für die Schweiz nicht vollum-

fänglich zu, da die von der Rezession am stärksten betroffenen Branchen entweder wenig exportorientiert sind (teils das Baugewerbe und Dienstleistungsbetriebe) oder deren Exporte durch das vorgeschlagene System der Nachfrageerhöhung nicht gefördert werden könnten (Uhren, Textilien).

- b) Die Verwendung des Ressourcentransfers als konjunkturpolitisches (d.h. kurzfristiges) Instrument der Industrieländer hätte zudem den schwerwiegenden Nachteil, dass die Finanzen der Entwicklungsländer noch stärkeren Schwankungen unterworfen wären (Widerspruch zu den Bestrebungen für die Stabilisierung der Exporterlöse).
- c) Schon heute ist das Verschuldungsproblem eine schwerwiegende Hypothek für die Entwicklungsländer. Eine, wie vorgeschlagen, nachhaltige Steigerung des Ressourcentransfers würde nun aber auch eine massive und vor allem <sup>zeitlich</sup> komprimierte Erhöhung der Verschuldung der Entwicklungsländer zur Folge haben. Diese Wirkung ist weder für Entwicklungs- noch für die Industrieländer wünschenswert.
3. Gesamthaft betrachtet darf gesagt werden, dass der Vorschlag eines erhöhten Ressourcentransfers an die Entwicklungsländer als konjunkturpolitisches Instrument der Industrieländer, sowohl aus entwicklungspolitischen, als auch aus konjunkturpolitischen Gründen, vom Prinzip her höchst problematisch und in der Praxis kaum realisierbar ist.

### III. Schweizerische Position

Nebst der in Frage zu stellenden Realisierbarkeit des Vorschlages sind für die schweizerische Position noch folgende Punkte zu beachten und eventuell weiter zu verfolgen:

1. Aufgrund der geltenden Finanzplanung besteht kurzfristig keine Aussicht für eine namhafte Erhöhung unserer ODA-Leistung.
2. Die Höhe unserer Leistungen an multilaterale Finanzinstitutionen wird nicht zuletzt vom Ausgang des IDA-Referendums bestimmt.
3. Für bilaterale Kredite in der Form von Mischkrediten hat die Schweiz bereits einen Vorbehalt gegen das "Untying" gemacht. Diese Form von gebundenen Krediten könnte vielleicht auf sogenannte Dreiecksgeschäfte ausgedehnt werden.
4. Das Argument "Ressourcentransfer als Arbeitsbeschaffungsinstrument im weitesten Sinne" ist besonders im Hinblick auf die IDA-Abstimmung im Auge zu behalten. Dies trotz der im Zusammenhang mit dem genannten Vorschlag in Frage gestellten Effizienz.

*O. J. J.*